

Inhaltsverzeichnis

— ❄ —

Vorbemerkung der Reihenherausgeberinnen und -herausgeber	xi
1 Einleitung	1
1.1 Gliederung der Arbeit	7
1.2 Erkenntnisleitende Fragen	9
1.3 Quellen	11
1.4 Methode	16
1.5 Forschungsstand	18
1.6 Begrifflichkeiten und Stereotype	24
2 Entschädigungspraxis gegenüber den NS-Opfern unter den Sinti und Roma	27
2.1 Neuanfang oder Rückfall in alte Muster? Die Rückkehr der NS-Überlebenden in das besiegte Deutschland	27
2.1.1 Von der Unterstützung zur Entschädigung: Akteure der Verfolgtenbetreuung	31
2.1.2 Früher Umgang mit Überlebenden: Die KZ-Prüfstelle als staatlicher Akteur	35
2.1.3 Legalistische Grundlage: Übergang zur staatlichen Betreuung in Württemberg-Baden	46
2.2 Zentrale Akteure der staatlichen Entschädigungspolitik auf lokaler Ebene	51
2.2.1 Wesentliche Komplexe antiziganistischer Gewalttaten	52
2.2.2 Landesamt für die Wiedergutmachung	62

Inhaltsverzeichnis

2.2.3	Kriminalpolizei	92
2.2.4	Wiedergutmachungskammern an den deutschen Gerichten	120
2.3	Resümee	149
3	Rückgriff auf „unbelastetes“ Recht?	155
	Antiziganistische (Dis-)Kontinuitäten in der baden-württembergischen Gesetzgebung	
3.1	Staatlicher Antiziganismus in der Umbruchphase	155
3.1.1	Eine demokratiekonforme „Zigeuner“-Politik? Der steinige Weg zur Umsetzung der alliierten Vorgaben	159
3.1.2	Das pränationalsozialistische Recht als Allheilmittel	170
3.1.3	Der Wiederaufbau der Nachrichtendienste: Rückgriff auf traditionelle Vorgehensweisen	178
3.1.4	Zwischen Theorie und Praxis: Das Feindbild „Zigeuner“	184
3.2	Welchen Weg schlägt Baden-Württemberg ein? Die Debatte um eine antiziganistische Sondergesetzgebung	188
3.2.1	Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und die „Zentralkartei zur Bekämpfung von Zigeunerdelikten“	190
3.2.2	Baden-Württemberg und der Erlass der bayerischen „Landfahrerordnung“ (1952/1953)	193
3.2.3	Kriminalpolitische Debatte: Die Forderung nach einer bundeseinheitlichen „Landfahrerordnung“	197
3.2.4	Der baden-württembergische Landtag und die Debatte um die Sondergesetzgebung	210
3.3	Zwischen Stagnation und Wandel: Gescheiterte Neuausrichtung der Minderheitenpolitik	224
3.3.1	Zwanzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges: Die Abschaffung der antiziganistischen NS-Gesetzgebung in Baden-Württemberg	225
3.3.2	Alte Maßnahmen – neue Wirkung? Fahndungstage: Bund und Land	229
3.3.3	Auflösung der Karteien: „Zentralkartei zur Bekämpfung von Zigeunerdelikten“	233
3.4	Resümee	235

4	Juristische Aufarbeitung der NS-Gewaltverbrechen an Sinti und Roma	239
4.1	„Denazifizierung“ in der US-Zone: „Personelle Säuberungen“ in Württemberg-Baden	239
4.1.1	Der Genozid an Sinti und Roma vor den württembergischen Spruchkammern	243
4.1.2	Die Verfahren gegen Beamte der Kriminalpolizei	247
4.1.3	Der Stellenwert des NS-Genozids an Sinti und Roma in den Spruchkammerverfahren	248
4.1.4	Exkulpationsstrategien	274
4.1.5	Die württembergischen Spruchkammerverfahren im deutschen Kontext	282
4.1.6	Folgen für die Nachkriegskarrieren	285
4.1.7	Generationelle Prägung der Beamtenschaft: Eine Annäherung	293
4.2	Kriminalpolizeiliche Ermittlungen zu den NS-Gewaltverbrechen: Die Sonderkommission „Zentrale Stelle“ des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg	295
4.2.1	Die Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg	295
4.2.2	Sonderkommission „Zentrale Stelle“ des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg	300
4.2.3	Ermittlungsverfahren der Sonderkommission	304
4.2.4	Arbeitsweise der Soko	307
4.2.5	Fallbeispiel: Katholisches Kinderheim St. Josefspflege in Muldingen	310
4.3	Resümee	328
5	Fazit	333
6	Bildnachweise	343
7	Bibliografie	345
	Abkürzungen	369
	Danksagung	373
	Verzeichnisse	375